

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Baden-Württemberg hat entschieden: Stuttgart bekommt einen neuen Bahnhof. Was mich am meisten freut, ist die hohe Beteiligung an der **Volksabstimmung**. Dass 48,3 % aller Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger zur Abstimmung gegangen sind, ist ein Erfolg für die direkte Demokratie – denn die Wahlbeteiligung war sogar höher als bei einigen Kommunalwahlen. Ich weiß, dass es auch in unserer Partei verschiedene Meinungen zu Stuttgart 21 gibt. Gerade deswegen bin ich davon überzeugt, dass eine Volksabstimmung der einzige Weg war, um eine einigermaßen legitime Entscheidung zu treffen.

In der SPD-Bundestagsfraktion arbeiten wir, auch wegen des Erfolgs der Volksabstimmung in Baden-Württemberg, an dem Projekt „**Infrastrukturkonsens**“. Wir wollen mehr Demokratie durch eine frühere und ernsthaftere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Planung von sensiblen Infrastrukturprojekten – seien es Bahntrassen, Straßen, Kraftwerke oder Stromleitungen. Denn je breiter die Unterstützung für ein Projekt ist und je mehr Bedenken der Menschen, die täglich mit dieser Infrastruktur konfrontiert sind, in die Planung einfließen, desto besser wird das Projekt, und desto besser kann es realisiert werden. Was der SPD mit dem Atomausstiegsgesetz gelungen ist – der innovative Ausweg aus einem gesellschaftlichen Großkonflikt – das wollen wir mit dem Infrastrukturkonsens für Deutschland fortsetzen.

In dieser Woche hat uns erneut die **Krise im Euroraum** beschäftigt. Wieder geht es um die Ertüchtigung des Eurorettungsschirmes, der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF). Wir als SPD-Fraktion hatten schon lange kritisiert, dass die Garantiesumme der EFSF nicht aus-



Berlin-Brief, Ausgabe 108
2. Dezember 2011

Meine Termine

SPD-Bundesparteitag
04.-06.12.2011, Berlin

Integration geht uns alle an: Diskussion mit Bilkay Öney, baden-württembergische Integrationsministerin, Sebastian Edathy MdB und Josip Juratovic MdB

07.12.2011, 19.30 Uhr, Aula der Hochschule Heilbronn, Max-Planck-Straße 39
Um Anmeldung im Wahlkreisbüro wird gebeten!

Aktuelles aus der Bundespolitik: Mitgliederversammlung des AWO-Ortsvereins Heilbronn

08.12.2011, 19 Uhr, Heilbronn, Wilhelmstraße 27

Weihnachtsfeier des SPD-Ortsvereins Böckingen

09.12.2011, 18.00 Uhr, Heilbronn-Böckingen, Besen Störzbach

Jahresabschlussfeier mit Ehrungen des SPD-Ortsvereins Bad Friedrichshall

10.12.2011, 19 Uhr, Bad Friedrichshall-Kochendorf, Gasthof Krone

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

reicht, um der Vertrauenskrise auf den Anleihemärkten wirksam zu begegnen. Die Bundesregierung hat das lange geleugnet. Auch diesmal sind wieder Wochen vergangen, bis uns endlich am vergangenen Sonntag die Richtlinien der EFSF mit den Hebelmodellen vorlagen. Am Montag schon musste der Haushaltsausschuss darüber entscheiden. Das zeugt einmal mehr vom beispiellosen Zeitdruck auf das Parlament. Längst sind jedoch die Zweifel in der Öffentlichkeit und auf den Märkten gewachsen, ob die EFSF überhaupt noch einen ausreichenden Beitrag zur Krisenbekämpfung leisten kann. Die ungezügelten Märkte treiben weitere Staaten mit hohen Zinsen in den finanziellen Ruin.

Etwas verkürzt lässt sich sagen: Das Ende des realexistierenden Sozialismus hat gezeigt, dass ein Staat ohne Markt nicht funktioniert. Die Finanzkrise zeigt nun: Ein Markt ohne Staat funktioniert genauso wenig! Deswegen brauchen wir eine sinnvolle Regulierung des Finanzmarktes. Denn zum zweiten Mal nach 2008 schlägt eine Finanzkrise auf die Realwirtschaft durch. Auch für Deutschland besteht die Gefahr, dass wir erneut in eine Rezession rutschen. Gerade deswegen brauchen wir eine **europäische Wirtschaftsstrategie**, die ein unzweifelhaftes politisches Signal der gemeinsamen Handlungsfähigkeit gegenüber den Märkten darstellt. Mit einseitigen Kürzungsprogrammen und einer Politik des erhobenen Zeigefingers à la Merkel – während sie im eigenen Bundeshaushalt munter Geld verteilt – ist Europa nicht geholfen. Wir brauchen ein europäisches Modernisierungs- und Investitionsprojekt, das die Weichen Richtung Realwirtschaft stellt und ein neues nachhaltiges Wachstumsmodell ermöglicht. Wir brauchen die Finanztransaktionssteuer, um dieses Programm zu finanzieren. Dieser Neuaufbau bringt nicht nur die Hoffnung zurück, die Europa verloren hat, sondern wird auch die Anleger interessieren, die heute dem Euroraum den Rücken kehren.

Von Sonntag bis Dienstag findet der **SPD-Bundesparteitag** in Berlin statt. Dort wollen wir ein Signal für einen Politikwechsel in Deutschland setzen. Die Themen Gerechtigkeit und gute Arbeit werden im Mittelpunkt stehen. Wir wollen der Arbeit ihren Wert zurückgeben: Wer gute Arbeit leistet, muss davon anständig leben können. Dazu brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und die Prämisse: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – in der Leiharbeit, für Männer und Frauen und für Deutsche und Migranten: Für alle, die bei uns arbeiten.

Für die nächste Woche möchte ich eine **herzliche Einladung** aussprechen zu einer spannenden **Diskussion zum Thema Integration**: Am Mittwoch, den 7. Dezember, 19.30 Uhr, kommen hierzu die baden-württembergische SPD-Integrationsministerin Bilkay Öney und mein Berliner Fraktionskollege Sebastian Edathy in die Aula der Hochschule Heilbronn. Ich würde mich über Ihre Anmeldung unter josip.juratovic@wk.bundestag.de freuen.

Mit freundlichen Grüßen

